

Ich bin deutsch und ich schäme mich.

Ich schäme mich für mein Land.

Ich schäme mich für meine Regierung, die einen völkermordenden Staat moralisch und mit Waffen unterstützt.

Ich schäme mich für meine Mitmenschen, die zwar „gegen Rechts“ auf die Straße gehen, aber nicht gegen einen rechtsextremen Staat protestieren, der ein gesamtes Volk seiner Existenz beraubt, vertreibt und ermordet.

Ich schäme mich für mein Land, das nun von angeklagt wird, an einem Völkermord beteiligt und mitschuldig zu sein.

Und ich schäme mich für meine Regierung, die dem UNRWA, dem Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, nun die Zuschüsse streicht, weil angeblich 12 von 13.000 Mitarbeitern die Hamas unterstützen.

Verhältnismäßigkeit ist etwas, das ich in diesem Konflikt sowieso vermisste.

Beim Angriff der Hamas am 7. Oktober kamen etwa 1.200 israelische Bürger ums Leben. Das sind definitiv 1.200 zu viel, aber rechtfertigt das die Ermordung von bisher fast 28.000 Palästinensern? Das ist nicht verhältnismäßig, und das ist auch keine Selbstverteidigung, sondern ein Rachefeldzug, die Auslöschung eines Volkes, und die ganze Welt schaut dabei zu!

Und nun sollen dem UNRWA, dem Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, die finanziellen Mittel entzogen werden. Weil eine Reporterin, die bei den israelischen Streitkräften gedient hat, im Wall Street Journal behauptet, es gäbe Verbindungen von Mitarbeitern der UNRWA zur Hamas. Beweise für diese Behauptungen gibt es allerdings keine, und es bleibt abzuwarten, ob diese noch nachgereicht werden.

Aber sehen wir uns die Zahlen einmal an. Konkret geht es um 12 Mitarbeiter von 13.000. 12 von 13.000, das sind 0,09 Prozent. Wie verhältnismäßig ist das? Sollen wir auch unsere gesamte Regierung abschaffen, weil gegen Olaf Scholz, unseren Bundeskanzler, Strafanzeige wegen der möglichen Verwicklung in die Cum-Ex-Affäre erstattet wurde? In unserem Parlament sitzen derzeit 736 Abgeordnete. Wollte man Olaf Scholz in Prozent ausdrücken, wären das 0,14 Prozent. Deutlich mehr als die 0,09 Prozent Mitarbeiter der UNRWA mit angeblichen Verbindungen zur Hamas. Wir sollten also unserem Bundestag die Finanzierung entziehen.

Zurück zur UNRWA. Die UNRWA ist das, was zwischen Leben und Tod in Palästina entscheidet, zwischen Hungertod und einer Mahlzeit täglich, zwischen einem Minimum an medizinischer Versorgung und dem kompletten Zusammenbruch des Gesundheitssystems — und was macht die deutsche Regierung? Sie glaubt die unbewiesenen Behauptungen und streicht — zusammen mit 15 weiteren Ländern — die finanziellen Zuwendungen an die UNRWA.

In einer Situation, in der sowieso schon eine Hungerkatastrophe vor der Tür steht, in der Kindern ohne Betäubung Gliedmaßen amputiert werden, in der Schwangere einen Kaiserschnitt ohne Anästhesie und ohne Nachsorge durchführen lassen müssen, in der 90 Prozent der Bevölkerung vertrieben wurden, in der Krankenhäuser bombardiert und Zwangsevakuierungen in später ebenfalls bombardierte Gebiete durchgeführt werden, in der sauberes Wasser und eine funktionierende Kanalisation nicht mehr vorhanden sind, ist die UNRWA der seidene Faden, an dem das Leben der Palästinenser hängt. Und die deutsche Regierung will diesen seidenen Faden kappen.

Seltsam nur, dass die Vorwürfe gegen das UNRWA just in dem Moment auftauchten, als der Internationale Gerichtshof sein Urteil über den von Südafrika geäußerten Verdacht des Völkermordes bekannt gab. Die UNRWA hatte Beweise vorgelegt und Erklärungen abgegeben, die das Vorhandensein eines Völkermordes zumindest plausibel erscheinen ließen und auf die sich der Internationale Gerichtshof bei seinem Urteil stützte.

Israel wurde in diesem Urteil auferlegt, sechs vorläufige Maßnahmen zu ergreifen. In einer der vorläufigen Maßnahmen wird Israel verpflichtet, Palästina den Zugang zu humanitärer Hilfe zu ermöglichen. Und nun wird der Haupthilfeleister ohne Beweise beschuldigt, woraufhin 16 Länder, darunter die USA, Großbritannien, Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien, die Niederlande, Schweden, Finnland, Estland, Australien, Kanada, und Japan ihre Unterstützung kappen.

Wo bleibt hier die Unschuldsvermutung? Wo ein ordentliches Gerichtsverfahren oder zumindest eine Untersuchung? Es reicht ein Artikel im Wall Street Journal, die Entscheidung Israels, dass das UNRWA zerstört werden muss, und 16 Länder folgen aufs Wort.

Darunter Deutschland. Deutschland macht sich schuldig. Schuldig an der katastrophalen Hungersnot, die nun eintreten wird.

Schuldig an der Immunschwächung der Hungernden.
Schuldig an den Infektionskrankheiten und Seuchen, denen die Menschen aufgrund von Fehlernährung und einem schwachen Immunsystem ausgeliefert sein werden.
Schuldig an weiteren Müttern und Vätern, die um ihre viel zu früh verstorbenen Kinder weinen.
Schuldig an weiteren Waisen, die unter den Trümmern nach ihren Eltern suchen.
Schuldig an Verstümmelung, Vertreibung, Tod.

Menschen hier in Deutschland gehen auf die Straße, um gegen rechts zu protestieren. Sie tragen Schilder mit „Nie wieder!“. Diesen Menschen sage ich: Doch, es passiert schon wieder. Deutschland macht sich wieder schuldig an einem Völkermord, und ihr seht zu.

Es gibt aber auch andere — Menschen, die protestieren gegen den Völkermord, die auf die Straße gehen, die beten, die das Gespräch mit anders Denkenden suchen, die Leserbriefe schreiben und die Woche für Woche für Woche hier stehen und sagen: „Nicht in unserem Namen!“. Diesen Menschen möchte ich einen Satz mitgeben, der Marc Aurel zugeschrieben wird:

„Das Ziel des Lebens besteht nicht darin, auf der Seite der Mehrheit zu stehen, sondern zu vermeiden, sich in den Reihen der Wahnsinnigen wiederzufinden.“

Vielen Dank. Gott schütze Sie und Ihre Familien.